



Massnahmenplan Internetpapier

Umsetzung des Auftrags der Delegiertenversammlung vom 5.12.2015 in St. Gallen

Vorbemerkung

An der DV vom 5. Dezember 2015 wurde das SP-Positionspapier zur Internetpolitik verabschiedet (siehe: <http://www.sp-ps.ch/de/themen/verkehr-und-service-public>). Gleichzeitig wurde ein Antrag der SP St. Gallen (A-29) angenommen, der forderte, dass bis zur DV vom 19. März 2016 ein Massnahmenplan (maximale Länge: eine A4-Seite) erarbeitet wird. Dieser soll aufzeigen, welche Forderungen von vorrangigem politischem Interesse sind, wie diese von welchem Gremium umgesetzt werden können und in welchem Zeitraum. Zudem soll dargelegt werden, wie der DV Bericht erstattet wird über die ergriffenen Massnahmen und die Erreichung der Ziele.

Der im Positionspapier gewählte Ansatz geht davon aus, dass das Internet, die Digitalisierung ein befreiendes, emanzipatorisches Potenzial hat und dass die Politik gestaltend dazu beitragen soll, dass die Chance der damit verbundenen gesellschaftlichen Entwicklung allen und nicht nur einigen Wenigen zu Teil wird. Aufgrund dieser Zielsetzung betrachtet die SP die Internetpolitik als umfassendes Thema, das alle zentralen Lebensbereiche betrifft. Das Papier beinhaltet 45 Forderungen, die 13 Kapiteln zugeteilt sind. Da der Massnahmenplan eine A4-Seite nicht überschreiten darf, kann nur summarisch auf die Forderungen eingegangen werden. Ein Übersichtsplan über alle Forderungen und dazu gehörigen Massnahmen kann auf dem SP-Sekretariat bezogen werden. Im Folgenden geht es darum, die aus SP-Sicht prioritären Themen zu nennen.

Massnahmenplan zur Umsetzung des Auftrags der DV vom 5. Dezember 2015

Service Public:

- Gefordert wird, dass das Internet als Service Public demokratisch legitimiert weiterentwickelt werden muss und keinen Platz bieten darf für Rassismus, Homophobie, Diskriminierung oder Sexismus. Das Netz soll für alle Menschen offen zugänglich und bezahlbar sein und über ein ausreichendes Breitbandangebot in allen Regionen verfügen. Diese zentralen Forderungen werden in der Vernehmlassung zum Fernmeldegesetz (Frist: 31. März 2016) und der anschliessenden parlamentarischen Debatte eingebracht.
- Ebenfalls in diese Diskussion eingebracht wird der aus SP-Sicht zentrale Punkt, dass die Netzneutralität gesetzlich festgeschrieben werden muss. Zur geforderten Offenheit des Internets gehören auch Open Source und die Verankerung von Open Government Data. Für diese Aspekte soll u.a. die Legislaturzieldiskussion (Start 1. Quartal 2016) genutzt werden.

Veränderungen der Arbeitswelt und der Arbeitsbedingungen aufgrund des Internets:

- Dieses Thema wird die SP langfristig – zusammen mit den Gewerkschaften - angehen. Instrumente können eine Tagung, parlamentarische Vorstösse, Hearings in den parlamentarischen Kommissionen und Austausch mit Organisationen sein. Ziel dieses Massnahmenmixes muss sein, faire Löhne und Arbeitsbedingungen, soziale Absicherung in allen Arbeitsverhältnissen und weitere zentrale Rechte garantieren zu können. Weiter muss sichergestellt sein, dass der Mehrwert aus den technologisch getriebenen Entwicklungen gerecht verteilt wird. In den Kontext dieser Diskussion gehören explizit alle Fragen rund um Aus- und Weiterbildung auf allen Schul- und Bildungsstufen sowie in der Arbeitswelt.

Die Entwicklung des Internets ist auf ein innovatives Umfeld angewiesen:

- Die Frage der Innovationskultur wird u.a. in der Diskussion des Innosuissegesetzes behandelt (Start Debatte 1. Quartal 2016).

Sharing Economy:

- Die SP wird ihre Positionen diesbezüglich weiterentwickeln und dabei auf die Chancen fokussieren. Die Behandlung von verschiedenen bereits eingereichten parlamentarischen Vorstössen vermutlich noch in diesem Jahr wird dazu genutzt werden.

Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung:

- Bis Mitte 2016 werden gemeinsam mit den SP-Mitgliedern der Rechtskommission der Handlungsbedarf und die Möglichkeiten ausgelotet. Die Revision des Datenschutzgesetzes (Start Vernehmlassung noch nicht bekannt) muss ebenfalls als wichtiger Hebel genutzt werden.
- Grosse Bedeutung wird der Abstimmung zum Nachrichtendienstgesetz zukommen (voraussichtlich im September 2016). Die SP unterstützt das Referendum und wird die im Positionspapier beschlossenen Grundsätze zur Überwachung und zum Schutz der Grundrechte aktiv einbringen. Die Frage, welche Massnahmen bei einem Straftatverdacht zulässig sein sollen, wird in der Diskussion zum Büpf weiterdiskutiert werden müssen.

Internet der Dinge:

- Was sind Chancen und Risiken und wie können die Chancen zum Nutzen aller genutzt werden? Solche Fragen müssen in einem breiteren Kontext diskutiert werden, beispielsweise im Rahmen einer Tagung oder eines Hearings in den parlamentarischen Kommissionen. Weiter braucht es eine wissenschaftliche Begleitung (SNF, SWTR...), die politisch gefordert und begleitet werden muss.

Verteidigungspolitik und Bedrohungen für und über das Netz:

- Diese Thematik wird im Lauf von 2016 gemeinsam mit den SP-Mitgliedern der SiK angegangen. Dem Schutz kritischer Infrastrukturen soll dabei besondere Beachtung geschenkt werden, wobei das in erster Linie eine zivile Aufgabe sein muss. Hier sind insbesondere die Service Public-Anbieter gefragt, aber auch die Politik und es braucht einerseits die aktive Auseinandersetzung mit den

entsprechenden Unternehmungen und andererseits eine politische Führung über die strategischen Ziele oder allenfalls auch über gesetzliche Vorgaben.

Urheberrecht:

- Anliegen wie faire Entschädigungen, alternative Vergütungssysteme, Rolle der Verwertungsgesellschaften, Nutzung alternativer Lizenzmodelle (Creative Commons), open access oder Stärkung des digitalen Verbraucherschutzes müssen in der laufenden Diskussion des Urheberrechts, die 2016 und 2017 andauern wird, dringlich und mit Nachdruck eingebracht werden (Frist Vernehmlassung: 31. März 2016).

Medienvielfalt, demokratiegerechte Mediensysteme und Internet:

- Diese Fragen müssen im Rahmen des Berichts des Bundesrats (zweite Hälfte 2016) sowie rund um die von der SP bereits aktiv geforderte Onlinemedienförderung angegangen werden. Gespräche mit Partnerorganisationen (Gewerkschaften) zur Entwicklung neuer Modelle in diesem Bereich haben bereits stattgefunden.

Bericht zuhanden der nächsten Delegiertenversammlungen

Viele Themen rund um Internet, Service Public und Chancen und Risiken der Digitalisierung sind bereits in der Diskussion. Die SP ist in diesen Bereichen aktiv über Vernehmlassungen, Vorstösse, Arbeit in parlamentarischen Kommissionen etc. In anderen Bereichen - z.B. Internet und Arbeitswelt – braucht es konzeptuelle Arbeiten und eine breite Grundsatzdebatte. An der DV im Frühjahr 2017 soll ein weiterer Bericht vorgelegt werden, der aufzeigt, wo die SP bei den prioritären Themen steht.